

NAME

adb-podcast-45.mp3

DATE

February 3, 2025

DURATION

1h 8m 6s

START OF TRANSCRIPT

[00:00:06] Speaker1

Hallo und herzlich willkommen zur 45. Folge von der ATB Podcast, aufgenommen am 3. Februar 2025. Aber es geht eigentlich um die letzte Sitzungswoche der Legislatur. Das war die letzte Woche und da fand ein Digitalausschuss am neun und 20. Januar statt. Aber ich erzähle euch noch ein bisschen mehr. Wer bin ich? Anke Domscheit Berg, digitalpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag. Und ich erzähle euch heute nicht nur aus dem digitalen Maschinenraum des Bundestages. Denn ein tatsächlich wichtiges Thema in diesem Podcast wird diesmal der Dammbbruch im Bundestag, der Fall der Brandmauer und was das so für Folgen hatte und wie das eigentlich innerhalb des Bundestages alles so abgelaufen ist und sich gefühlt hat. Und es gibt ein kleines Update zum AfD Verbot. Aber natürlich ist das ja eigentlich ein digitaler Podcast, also geht es auch um einen wirklich chaotischen Digitalausschuss am Mittwoch mit den Themen Umsetzung des DSA zu Desinformation und Einfluss bei Wahlen. Und meine dritte letzte Rede inzwischen. Irgendwie kam dann doch immer noch eine hinterher. Da ging es auch um den Schutz gegen ausländische Einflussnahme auf unsere Wahlen. Ein paar meiner parlamentarischen Initiativen stelle ich euch auch noch vor. Da geht es um Sicherheitslücken bei der elektronischen Patientenakte. Es geht um IT Sicherheitsstellen des Bundes, besetzte und unbesetzte. Und es geht um ein von mir beauftragtes wissenschaftliche Dienstgutachten zur Einbeziehung von Kommunen bei der NIST zwei Richtlinie. Da geht es auch um IT Sicherheit in Deutschland. Und last but not least ganz zum Schluss wir haben ja schließlich Bundestagswahlen gibt es noch einen ganz kurzen Einblick ins digitale Wahlprogramm der Linken und ein Hinweis auf unser Digitalpapier aus der Gruppe der Linken im Bundestag.

[00:01:50] Speaker1

Aber jetzt gleich Thema eins Der Dammbbruch im Bundestag. Wie die Brandmauer fiel und wie sich das so von innen erlebt habe. Also wenn ihr nicht komplett unter dem Stein gelebt habt, habt ihr das grobe Drumherum natürlich mitbekommen, was da am 29. passiert ist. Erstmals im Bundestag wurde die AfD ganz bewusst als Mehrheitsbeschafferin toleriert und eingeplant. Und das ausgerechnet am Tag, wo wir im Bundestag der Auschwitzbefreiung gedacht haben, wo wir alle Standing Ovations für Überlebende gaben, wurden am Nachmittag die gruseligsten Dinge beschlossen. Da standen nämlich zwei Unionsanträge im Tagesordnungspunkt zur Regierungserklärung von Scholz. Angenommen wurde ein Fünf Punkte Antrag gegen Migration mit Maßnahmen, wo ich euch gleich noch was erzähle und abgelehnt wurde ein anderer Antrag, der in der Öffentlichkeit irgendwie gar nicht vorgekommen ist. Das war ein 27 Punkte Antrag. Der hat zum Teil die gleichen Maßnahmen wie dieser fünf Punkte Antimigrationsantrag gehabt, aber zum Teil ging es da auch sehr stark um Digitales. Das war eine absolute Überwachungsalpträum Sammlung. Da stand zum Beispiel drin es soll eine biometrische Gesichtserkennung in Echtzeit in öffentlichen Räumen geben. Das geht ja nur mit KI. Und genau das Biometrische Gesichtserkennung in Echtzeit im öffentlichen Raum ist ein hartes KI Verbot. Nach der KI Verordnung. Und interessanterweise ist das genau gestern am 2. Februar in Kraft getreten. Dieses harte Verbot und davon mal abgesehen ist natürlich auch ein Grundgesetzverstoß.

[00:03:23] Speaker1

Und genau so was schreibt er da einfach in den Antrag hinein. Und dann noch anderer Kram wie zum Beispiel Vorratsdatenspeicherung. Die dröflzigste dieser angenommene fünf Punkte Antrag. Da ging es ausschließlich um Antimigration, um dauerhafte Grenzkontrollen, um faktisches Einreiseverbot für Personen ohne gültige Einreisedokumente, um eine signifikante Erhöhung der Anzahl von Haftplätzen, also um Leute zu inhaftieren, unbefristet sogar, die abgeschoben werden sollen. Und eine Befugnis der Bundespolizei für Abschiebehaft oder Ausreisegewahrsam. Das ist also. Vieles davon ist einfach schlicht rechtswidrig. Besonders pikant, wenn man bedenkt, dass ja genau die abgeschoben werden sollen, die an irgendeiner Stelle mal irgendwie das Recht gebrochen haben. Und dann legt man halt mal einen Antrag vor, der das von vorne bis hinten tut. Das war aber nur ein Teil des Problems. Das größte Problem war nämlich, dass Union und FDP mit den Feinden der Demokratie für mehr Ausgrenzung, Intoleranz und Hass gemeinsame Sache gemacht haben. Da gab es wirklich wenig Aufrechte noch im Parlament. Also auf dieser Hälfte des Parlaments. Und dazu gehört für mich überraschenderweise die Neinstimme des Ex FDP Mitglieds und immer noch Digitalministers Volker Wissing. Also positive Überraschung. Positive Überraschung für mich. Aber auch die CDU Abgeordnete Antje Tillmann gehörte dazu. Das Stimmergebnis war echt knapp. Also verloren haben wir da eigentlich nur mit vier Stimmen. 348 zu 344. Wer da wie abgestimmt hat, verlinke ich euch noch in den Shownotes. Und das hat am Ende auch zu einer massenhaften Medienpräsenz geführt.

[00:05:03] Speaker1

Also da waren Heerscharen von Kameras auf der Plenartage und bei uns im linken Lager gab es einen riesengroßen Schock. Die AfD hat sich gar nicht mehr eingekriegt. Ihr habt bestimmt Bilder davon auch in diversen Videos gesehen, wie die sich da alle Selfies gemacht und nicht mehr eingekriegt haben vor Begeisterung. Aber erinnert sei vielleicht auch daran, dass dieser Tabubruch nicht nur mit den JA Stimmen von Union und FDP möglich war. Es gab ja nur vier eine Mehrheit von vier Stimmen, sondern auch die BSW. Die haben sich mit acht Stimmen enthalten. Die hätten das verhindern können. Also die haben mitgemacht. Diese Brandmauer einzustürzen gab sofort Demos vor der CDUzentrale. Und das Schlimme ist viele Menschen, unter anderem auch der Musiker Igor Levitt. Der hat sogar sich öffentlich gefragt, wo man denn eigentlich jetzt noch hin kann. Er ist da nicht der Einzige. Also dass Menschen heutzutage in Deutschland sich so was wieder fragen, das finde ich eigentlich unfassbar. Das war ja bis jetzt nur der Mittwoch am Tag danach. Am Donnerstag, dem 30. Januar 2025. Da sollte auch immer AfD Verbotverfahren genannte Thema diskutiert werden. Es ist aber de facto ein Antrag auf Überprüfung der Verfassungswidrigkeit der AfD, der übergeben werden soll, wenn er beschlossen wird an das Bundesverfassungsgericht, das dann erst über die Verfassungswidrigkeit und ein mögliches Verbot entscheidet. Und weil das an dem Tag am Donnerstag auf der Tagesordnung stand, war auch das Zentrum für politische Schönheit am Reichstag präsent und stand mit seinem Superspezialfahrzeug direkt neben der Reichstagswiese.

[00:06:40] Speaker1

Das Ding nennt sich Adenauer irgendwas, ich glaube 2008 fünf plus oder so ähnlich. Vielleicht war die Zahl Combo auch anders. Auf jeden Fall ist das ein umgebauter Gefangenentransporter, der heute ein Aufklärungsfahrzeug ist, kann man sagen, dass nämlich innen drin auch ganz viele Informationen und zum Beispiel Akten hat, zu denen ich glaube 2400 Beweisen, die das ZPS gesammelt hat zur Verfassungswidrigkeit der AfD. Dieses schicke Gefährt stand da also herum, also bin ich auch mal kurz dorthin. Übrigens just in time. Die Polizei war nämlich da und hatte gerade einen Platzverweis erteilt. Die haben also erklärt, die würden ja gar nicht da nur parken, sondern offensichtlich andere Dinge tun als nur herumstehen und parken. Und das sei nicht okay. Ich war mit Sabine Grützmaker von den Grünen dort. Die ist auch Mitglied im Digitalausschuss und wir haben da also gemeinsam dafür gekämpft, dass der Adenauer SAP plus stehen bleiben darf. Arne Semsrott vom ZPS hat uns übrigens erzählt, dass die wahnsinnig viele Schikanen haben, Ständig Verweise von allen möglichen Beteiligungen an Kundgebungen und Demonstrationen, zum Beispiel an einer Kundgebung vor der CDU Parteizentrale, nicht die ganz aktuellen, sondern schon vor ein paar Tagen. Dass sie ständig technische Überprüfungen bekommen und dass sie eigentlich ja völlig friedlich präsent sind. Die haben weder Flutlicht an noch Sirene an, das haben die da alles an dem umgebauten Auto. Sie seien ja nur ein Kunstprojekt mit Beratungsoption. Das waren also alles seine Argumente und ich habe der Polizei dann noch erklärt.

[00:08:14] Speaker1

Also finde ich jetzt nicht so super, dass die hier wegfahren sollen. Ich habe mit dem ZPS einen Beratungstermin vereinbart, der sollte gerade eben anfangen. Ich brauche schließlich aktuellsten Input für die AfD. Überprüfungsdebatte und davon abgesehen. Also selbst wenn die hier nicht parken dürfen, Sie können ja auch eine spontane Kundgebung anmelden. Die Polizei gleich. Wieso spontan? Das mit dem Fall der Brandmauer, das war ja gestern, da kann man ja nicht heute das für spontan erklären, habe ich gesagt Nee, nee, nee, nee. Ganz neue Nachrichtenlage. Vor ganz wenigen Stunden kam ja erst Ex Kanzlerin Merkel mit ihrem sehr überraschenden Statement raus, wir hätten ja deswegen eine ganz neue Lage und in Verbindung mit dieser AfD Überprüfungsdebatte in ich glaube noch zwei Stunden war es hin. Ist das also absolut hinreichend für eine spontane Kundgebung? Die Polizei hat dann mal unsere MdB Ausweise überprüft, Blick drauf geworfen, da kamen noch zwei weitere MdB und die Polizei fragte dann kommen da etwa noch mehr MdB für Beratung? Und wir Ja, auf jeden Fall. Also eine meiner Kollegin ist schon unterwegs und dann sind sie eingeknickt und haben gesagt okay, okay, ihr dürft jetzt da weiter stehen. Yes. Also auch das ist eine Dienstleistung der Volksvertreter, die das Volk vertreten, wenn es drauf ankommt. Apropos Merkels Statement habt ihr ja vielleicht auch gelesen. Ich fand das echt einfach viel zu schön, viel zu schön. Also ich bin jetzt nicht unbedingt Merkel Fan, aber es gibt schon.

[00:09:34] Speaker1

Es gibt Dinge, da kann man mal punktuell Merkel Fan sein. Sagen wir es mal so das gab eine unglaubliche Klatsche für Merz und sie hat so intelligent den Treffer versenkt. Übrigens auf der Demo am Wochenende konnte man dann auch sogar Mutti schimpft auf Plakaten lesen. Das fand ich nett. Sie hat nämlich ein wörtliches Zitat aus einer Rede von Merz erst vom 13. November 24 da reingeschrieben in ihr Statement und in diesem Zitat. Da sagte Merz, wir sollten mit Ihnen, den Sozialdemokraten und Ihnen, den Grünen, vereinbaren, dass wir nur die Entscheidungen auf die Tagesordnung des Plenums setzen, über die wir uns zuvor mit ihnen von der SPD und den Grünen in der Sache geeinigt haben, sodass weder bei der Bestimmung der Tagesordnung noch bei den Abstimmungen in der Sache hier im Haus auch nur ein einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD zustande kommt. Diese Verabredung möchte ich Ihnen ausdrücklich vorschlagen, meine Damen und Herren. Denn das hätten diese Damen und Herren von Rechtsaußen doch gerne, dass sie plötzlich die Mehrheiten besorgen. Wir wollen das nicht. Sagte Merz. Ich hoffe, Sie sehen das auch so, liebe Kolleginnen und Kollegen. Soweit zitierte, also Merkel. Und dann kam ihre sehr kurze und prägnante Verurteilung. Dieser Vorschlag und die mit ihm verbundene Haltung waren Ausdruck großer staatspolitischer Verantwortung, die ich vollumfänglich unterstütze. Für falsch halte ich es, sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden zu fühlen und dadurch am 29.

[00:11:00] Speaker1

Januar 25 sehenden Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen. Und dann appellierte sie noch an die demokratische Kooperationsbereitschaft auf der Grundlage geltenden europäischen Rechts, wobei sie elegant noch abgeräumt hat, dass die mit kackbrauner Unterstützung verabschiedeten Vorschläge hart europarechtswidrig waren. Auch dieses schicke Statement verlinke ich euch. Das wäre ja nicht ohne eine Situationskomik, wenn Merkel Merz ein weiteres Mal als Kanzler verhindert. Noch hat er die Mehrheit. Aber wer weiß, da ist gerade eine große Dynamik draußen in der Gesellschaft. Vielleicht klingt das jetzt auch ein bisschen irre, aber eine Folge dieses unsäglichen Tabubruchs ist tatsächlich, dass R2G mit einer neuen Konjunktur daherkommt. Also es gibt jetzt diverse Forderungen aus der Zivilgesellschaft, die auch ganz ausdrücklich sagen, die Linke muss dafür rein und Bfw und FDP müssen raus. In der politischen Stimmung bei der Forschungsgruppe Wahlen vom ZDF sind wir übrigens auf 8 % gestiegen und bei Wahlprojektionen. Das unterscheidet sich ein bisschen Stimmung und Wahlprojektion. Da sind wir jetzt auch konsistent über 5 %. Und die taz? Die hat Heidi Reicheneck, unsere Gruppenvorsitzende, nach ihrer spektakulären Rede am Mittwoch, die verlinke ich euch auch unbedingt zur Queen des Bundestages erklärt. Menschenmengen demonstrieren gerade überall in Deutschland vor CDU und CSU Parteizentralen. Eigentlich schon seit letzte Woche Mittwoch. Jetzt ist ja Montag, also wirklich jeden Tag. Da ist was in Bewegung gekommen. Und wer weiß, wohin uns diese Dynamik noch führt. 30 % der Wähler sollen ja tatsächlich noch unentschlossen sein.

[00:12:40] Speaker1

Es gibt erste Austritte aus der CDU. Darunter auch Michel Friedman, der am Sonntag auch auf der Demo in Berlin gesprochen hat. Viele, viele reden auch an diesem Donnerstag im Bundestag, haben auf diesen Tabubruch Bezug genommen. Auch ich übrigens in meiner dritten, letzten Rede zur Aktuellen Stunde, wo es um den Schutz vor ausländischen Wahlbeeinflussung ging. Die hieß mal ursprünglich Elon Musk. Aber um dieses Thema geht es später noch. Am Tag nach dem Sturz der Brandmauer, also an diesem Donnerstag, gab es auch eine Debatte zum Antrag. Also die AfD verbot genannte Debatte über den Antrag, die AfD als verfassungswidrige Partei vom Verfassungsgericht überprüfen zu lassen. Diese Debatte war sehr, sehr leidenschaftlich, aber auch unfassbar viel Heuchelei. Ich kann das echt nicht mehr ertragen, wenn Demokratinnen lange in ihrer Rede erklären, wie gefährlich die AfD ist und zum Schluss erklären, warum sie trotzdem gegen diesen Antrag sind, weil das ist. Das wäre ja undemokratisch. Nein, ist nicht undemokratisch, steht nämlich im Grundgesetz. Und das steht da drin, weil es die Demokratie rettet. Zum Kuckuck, wie kann man das nicht verstehen? Don't get it. Manche sagten dann auch Die AfD, die hat doch so viele Wähler, die kann man doch nicht verprellen. Hä? Man verbietet ja nicht wählen oder die Wähler. Es geht um das Grundgesetz. Und im Grundgesetz steht Wenn eine Partei verfassungswidrig ist, dann gehört sie verboten, verboten. Und das Potenzial, tatsächlich die Demokratie abschaffen zu können, was viele Wähler voraussetzt, ist sogar eine Verbotsvoraussetzung.

[00:14:17] Speaker1

Deswegen hat das ja bei der NPD nicht geklappt, weil die nur so wenig Prozente hatten. Dann kam das Argument Ja, aber das ist doch gar nicht 100 % sicher. Vielleicht geht das ja auch schief. Und dann hatte die AfD noch mehr davon. Hä? Also erstens es gibt tausende Beweise dafür. Es gibt 17 Verfassungsrichter, die erklärt haben das klappt auf jeden Fall. Es gibt über 200 Juristinnen, die sich dem angeschlossen haben. Außerdem Das ist zur Hölle nicht unser Job. Wir sind Abgeordnete, wir sind ja nicht Verfassungsrechtler. Für uns reicht der Verdacht. Die Prüfung, die macht das Verfassungsgericht. Und davon abgesehen Ich schließe mich der Argumentation von Anwalt Younan. Selbst wenn, was ich persönlich null glaube. Aber selbst wenn es nicht zu einem Verbot käme, gäbe es ja immer noch Maßnahmen, die das Verfassungsgericht ergreifen kann wie Entzug der Parteienfinanzierung, wie Verbot einzelner Landesverbände und ein wahrscheinlich mehrere Jahre dauerndes Verfahren würde natürlich ein Signal an die Öffentlichkeit senden, dass es keine normale Partei ist. Und es wäre eine Gefahr für die AfD, die natürlich nicht verboten werden möchte und würde vielleicht dazu führen, dass sie sich zivilisierter verhält und weniger verfassungswidrig auftritt. Und wie kann man denn das schlecht finden? Na ja, Im Vorfeld gab es übrigens Stellungnahmen vieler Sozialdemokraten, unter anderem auch vom Parteivorsitzenden Saskia Esken, die ich als ehemalige Digitalausschussmitglied damals wirklich sehr geschätzt habe. Aber die hat öffentlich jetzt erklärt, sie ist gegen einen Antrag, und es würde nicht mal eine Enthaltung von der SPD dafür geben, denn das seien ja taktische Spielchen.

[00:15:57] Speaker1

Da muss ich mal sagen, die vielen von Faschos ermordeten Sozialdemokraten in den dreißiger Jahren, die Propellern jetzt wahrscheinlich im Grab. Aber es war nach dieser Debatte auch schon absehbar, dass es keine Mehrheit für diesen Antrag gibt. Zu diesem Zeitpunkt. Deswegen gab es eine Zustimmung der Mehrheit zu einer Überweisung zurück in den Innenausschuss. Ob er dort noch mal rauskommt, ist sehr unwahrscheinlich, aber auch nicht unmöglich. Es bräuchte dafür eine Sondersitzung des Ausschusses. Eine formelle Ausschusssitzung gibt es nicht mehr, die gibt es aber oft. Gerade der Innenausschuss hat alle naselang Sondersitzungen. Da braucht es dann aber trotzdem eine Mehrheit dafür, dass der stattfindet. Und die Zusammensetzung ist da die gleiche wie im Plenum von den Mehrheiten. Man bräuchte auch einen Sonder plenartag, den könnte es vielleicht so zwischen dem zehnten und 13. Februar sowieso geben. Da gibt es eine klitzekleine Hoffnung. Es gibt ja auch noch den Antrag zur Entkriminalisierung der Schwangerschaftsabbrüche. Also 218 raus aus dem Strafrecht und da sind die Mehrheiten andere. Und da könnte es eine Mehrheit geben. Es müssen nämlich 25 % der Mitglieder des Bundestages. Die hätte man locker über den 218. Die können gemeinsam einen Sonder plenartage beantragen. Wenn es den erst mal gibt, dann kann man da auf die Tagesordnung auch noch mal das AfD Thema setzen. Also theoretisch wäre das möglich. Die Mehrheiten ändern sich dafür aber auch nur, wenn noch irgendwas signifikantes passiert. Zum Beispiel ein Leak zum Verfassungsschutz Gutachten.

[00:17:31] Speaker1

Da hat gerade Netzpolitik eins veröffentlicht. Das ist aber der Leak eines Gutachtens von 2021. Was wir brauchen, ist das von 2024. Also vielleicht habt ihr es ja irgendwo rumliegen und denkt mal drüber nach. Zwei Tage nach diesem ersten Tabubruch, am Mittwoch, am Freitag, dem ein und 30. Januar, letzter Tag der letzten Sitzungswoche, gab es dann noch mal einen richtig gruseligen Antrag, der diesmal nicht bloß ein eigentlich folgenloser sogenannter Entschließungsantrag ist wie der am Mittwoch, sondern da stand ein Gesetz zur Abstimmung das widerlich benannte Zustrombegrenzungsgesetz. Da ging es um mieseste migrationsfeindliche Politik, die also auch noch in ein Gesetz gegossen werden sollte und damit eine tatsächliche reale Wirkung für Menschen entfaltet hätte. Zumindest wenn sie der Bundesrat auch durchwinken würde, was eh in Frage stand. Aber darum geht es gerade nicht. Die Union wollte da wieder mit AfD und FDP stimmen und diesmal hat sogar das BSW. Schon im Vorfeld Zustimmung angekündigt. Also noch mehr Jastimmen aus diesem Lager. Und damit ist ehrlich gesagt klar, wo bsw. Steht. Dann gab es ganz überraschend ein Go Antrag Sitzungsunterbrechungen. Union wollte eine Sonderfra. Sie machen also Fraktionssitzung. Und der Grund dafür war, dass FDP und SPD eine Rücküberweisung in den Ausschuss wollten und auf diese Weise elegant eine Verabschiedung mit einer AfD Mehrheit vermeiden wollten und vielleicht sogar das Ding dann komplett beerdigen. Das klappte aber nicht. Es gab immer wieder Verlängerungen der Unterbrechungen. Insgesamt haben wir, glaube ich, weit über vier Stunden unterbrochen und gewartet.

[00:19:12] Speaker1

Nebenbei diskutiert und andere Dinge getan. Die Union hat aber blockiert. Es kam zur Abstimmung. Das Ergebnis habt ihr alle mitbekommen? Es gab 338 Ja Stimmen 349 Neinstimmen bei fünf Enthaltungen. Es gab also eine Mehrheit von elf Stimmen für die Demokratie. Merz hat verloren, zwölf von der CDU, CSU haben nicht abgestimmt, von der FDP haben 16 nicht abgestimmt. Fünf Enthaltungen hat es gegeben. Zwei? Nein, diese eine Neinstimme von der CDU vom Mittwoch hat es übrigens Freitag nicht mehr gegeben. Bei der FDP hat sich das ein bisschen verstärkt. Am Montag, da gab es noch zwei Enthaltungen, acht nicht abgegebene Stimmen. Das waren dann am Freitag 16, die nicht abgestimmt haben, fünf, die sich enthalten haben. Zwei haben sich ein richtiges, echtes Nein getraut. Die haben also ihr Gewissen entdeckt und das BSW wie angekündigt, hat geschlossen dafür gestimmt. Ich finde das völlig irre, weil von den zehn MdB des BSW haben die meisten einen Migrationshintergrund. Spd, Grüne, Linke. Wir haben alle geschlossen dagegen gestimmt. Aber wisst ihr was echt, wirklich seltsam sich gefühlt hat, wenn man da so sitzt am Rand und hinten, Falls ihr uns nicht seht. Wir sitzen immer im toten Winkel sämtlicher Kameras. Da hat man uns hin verbannt, seit wir keine Fraktion mehr sind. Da saßen wir also für die Linke. Und wir waren die einzige Ecke, die gejubelt hat. Die 1000 Kameras haben wir also auf das ganze Plenum gehalten. Ergebnis wird verkündet und du siehst keiner der sichtbaren Fraktionen an, wie sie gerade fühlen.

[00:20:40] Speaker1

Keiner hat sich bewegt, keiner hat was gesagt, niemand hat geklatscht. Irgendwo aus dem Off hört man ein irres Jubeln. Dazu gehörte auch mein Geschrei. Ich bin aufgesprungen vom Sitz und habe gebrüllt. Und irgendwann hat eine einzelne Kamera senkrecht nach unten auf die kleine Gruppe der Linken gezeigt. Wir waren irgendwie die einzigen, die sich sichtbar gefreut haben. Ich habe später mal völlig irritiert im Flur gefragt. Ein paar der anderen Abgeordneten Wieso habt ihr denn nicht geklatscht? Habt ihr euch überhaupt nicht gefreut? Was war denn los? Und ich kriegte von den verschiedenen Abgeordneten erklärt, es hätte eine Ansage ihrer parlamentarischen Geschäftsführung gegeben. Wegen der Beteiligungen der jeweiligen Parteien in Landesregierungen. Mit der Union wolle man da halt Zurückhaltung üben. Und ehrlich gesagt, ich hätte fast in die Ecke gekotzt. Es geht um den Erhalt der Demokratie. Wir haben ja nicht mal, auch wenn ich das erst mal so auf Blue Sky ja groß getönt habe, die Brandmauer gehalten. De facto hat sie gar nicht gehalten. Also wir haben die Demokratie auf kleinstem Niveau verteidigt, so letzte Zentimeter vorm Abgrund. Aber die Brandmauer wäre ja gegenüber der AfD von allen anderen Parteien gewesen. Dazu kam es gar nicht. Und wenn man sich noch nicht mal über diesen minimalen Gewinn öffentlich freuen kann, um Rücksicht zu nehmen auf diese Union. Ich habe jetzt ein Adjektiv weggelassen Denkt euch das. Ich verstehe es nicht. Also elf Stunden Mehrheit. Ihr könnt mal ein bisschen Arithmetik anwenden.

[00:22:09] Speaker 1

26 Neinstimmen kamen aus der Linken. Also ohne uns hätte dieses AfD Bündnis gewonnen mit Union, mit FDP und BSF. Und wenn ihr irgendjemanden kennt, der einer dieser drei Parteien eine Stimme geben will bei der Bundestagswahl. Redet mit denen mal ganz lange. Diesen Podcast, den nehme ich erst am Montag danach auf. Aus zwei Gründen a weil ich die ganze Woche krank und meine Stimme ging einfach nicht mehr. Ich habe mich trotzdem im Bundestag geschleppt. Wir haben jeden Tag unendlich viel gearbeitet. Ging einfach gar nicht. Aber weil heute schon Montag ist, kann ich auch auf das Wochenende zurückblicken. Da ist eine halbe Million Menschen aus ganz Deutschland auf die Straßen gegangen. Nur die konservativen Polizeischätzungen, also 160.000 alleine laut Polizei in Berlin. Der Veranstalter sagt mindestens 250.000. Und weil ich eine von denen war, kann ich euch versichern es waren mindestens 250.000. Es war unfassbar voll vom Reichstag bis Goldelse und in sämtlichen Nebenstraßen. Also das war schon krass. So, jetzt geht es aber wirklich um Digitalpolitik und nicht mehr um die Weltgeschichte. Aber ich konnte euch das nicht ersparen. Das ist einfach viel zu wichtig. Gerade digitalpolitisch war diese Woche ziemlich monothematisch. Wir hatten zweimal das Thema Digital Services Act, Schrägstrich Dress Information, Schrägstrich Schutz der Bundestagswahl vor illegitimen Einflüssen. Und damit sind im Prinzip soziale Netze und wie man die benutzen kann gemeint. Wir hatten das also einmal beim Digitalausschuss am Mittwoch, neun und 20. Januar. Und wer den letzten Podcast gehört hat, weiß, dass ich da diesen Tagesordnungspunkt beantragt hatte.

[00:23:47] Speaker 1

Und es gab dann meine dritte letzte Rede am Donnerstag mit dem Schwerpunkt die Einflussnahme von Elon Musk oder generell ausländischer Einfluss auf Wahlen. Ich bin so froh gewesen eigentlich, dass der Schwerpunkt, also Digitalausschuss, Schwerpunkt Durchsetzung europäischen Rechts und Maßnahmen zum Schutz vor der Desinformation und der Integrität von Wahlen aufgesetzt worden ist. Das sollte wirklich über Parteitaktik stehen. Aber der stand nicht unter einem guten Stern. Der fing schon super mies an, weil es waren zwar Europäische Kommission, BfV und Bundesnetzagentur Netzagentur da. Es sollten aber auch Tic, Toc und Meta teilnehmen. Die haben alle drei abgesagt. Die Techbros haben sich vermutlich verabredet, um dem deutschen Parlament nicht Rede und Antwort zu stehen. Und das ist in dieser Dimension ein Novum. Es fand also erstmal komplett ohne diese Plattform statt. Schade. Ich hatte nämlich auch für die viele Fragen kurzes Background zum Thema. Wir haben ja massive Desinformation bei den US Wahlen gehabt. Wir haben diesen Wahnsinn rund um Elon Musk gehabt. Wir haben diese große Doppelgängerkampagne gesteuert von Russland gehabt und wir haben die Rumänienwahl, die annulliert worden ist wegen Einflussnahme über Tiktok. Alles das habe ich schon mal ausführlich in der Podcastfolge 43 erklärt. Ich verlinke euch, die hört er gern mal rein. Seitdem ist aber auch noch einiges passiert. Die Oligarchie hat in Gang hochgeschaltet, sich an Trump rangewandt und inzwischen redet man ja schon von The Nerd Reich in den USA, weil es eine so krasse Unterstützung rechtsextremer Positionen Trimpositionen gibt und Elon himself, der deutsche Politiker mit seiner Reichweite mal ordentlich gebasht, auf Schulz draufgehauen, auf Steinmeier hat einen direkten Wahlauf Ruf für die AfD in Deutschland gemacht.

[00:25:28] Speaker 1

Die sei die einzige Rettung für Deutschland. Hallo, ist das das neue Wort für Der Untergang? Und dann hat er auch noch ein Videointerview auf seinem Kanal auf Ex mit Alice Weidel. So hat er sie genannt gemacht und ich meine, der hat 200 Millionen Follower auf diesem fucking Keks. Und dann hat er da auch noch jede Menge Desinformationen verbreitet. Wie Weidel sei in der Prognose die erfolgreichste Kanzlerkandidatin. Gott sei Dank ist noch nicht so schlimm. Was er auch vorher schon gemacht hat, ist Algorithmen so zu tweakern, dass man die vielen Posts auch noch alle angezeigt kriegt. Nicht mal, wenn man ihm folgt. Wie die EU diese Dinger reguliert, ist eigentlich ein bisschen unklar. Das hängt also diese Elon unterstützt die AfD Sachen? Nee, das hängt unter anderem davon ab, ob der Algorithmus tatsächlich in die Verbreitung dieses Videointerviews. Ob da der Algorithmus gezielt geändert worden ist. Die Einflussnahme geht nämlich über die Meinungsäußerungen hinaus. Also nur Meinung äußern? Offenbar rechtlich gar kein Problem. Egal wie viele Follower. Aber wenn er die Verbreitung gezielt erhöht hat durch Tweakern des Algorithmus, dann ist es eine mögliche verbotene Wahlkampffinanzierung aus dem Ausland. Und die wird eventuell dann auch noch untersucht bzw wird untersucht. Dann hatten wir ja noch von Meta den Mark Zuckerberg, der da mit seinem KulturwandelStatement auf Insta am 7.

[00:26:49] Speaker1

Januar rauskam und damit den Rechtsruck der Gesellschaft gemeint hat. Und dann müssen die natürlich mitmachen. Die soll man denn tun als Meta, Man ist ja ausgeliefert. Im Sommer 24 hat Trump Zuckerberg ja noch mit Haft gedroht, würde er sich erneut betrügerisch in den Wahlkampf einmischen. Da hat offenbar Mark Zuckerberg Schiss gekriegt und fiel in die Knie, hat diverse fiese Maßnahmen angekündigt, weniger Moderationen, Abschaffung Factchecker. Habt ihr alles wahrscheinlich zehnmal schon gelesen, Aber das Problem dahinter ist ja das Geschäftsmodell der personalisierten Onlinewerbung. Die verlangt nämlich nach maximaler Verweildauer und jeder Aufreger Inhalt ist da einfach besser. Das heißt, es wird wahrscheinlich nicht nur der Druck von Trump gewesen sein, sondern auch einfach Geldgier. Und dann gab es noch News wegen Manipulation von Hashtags auf Instagram. Das war am 21. Januar 25. Das konnte man sogar aus Deutschland nachvollziehen, wenn man da auf Instagram nach den Hashtags Democrat, Democrats, Biden oder alles mögliche gesucht hat. Ja, auch Pro choice, General Sex, Biden, Harris, Obama das war alles limitiert. Da kamen dann immer nur verborgene Ergebnisse. Und wenn man aber statt Pro choice pro Life gesucht hat oder statt Biden Harris nach Trump, wenn's dann gab es da gar keine Limits, hat man alles gefunden. Democrats gesperrt, Republicans gibt Millionen Resultate. Das war schon echt fishy. Und da gab es natürlich einen Aufschrei und Beschwerden. Da hat die Insta Reaktionen war halt nur so da. Das war ein Fehler und das haben wir dann auch gleich behoben und so, das sei reiner Zufall.

[00:28:21] Speaker1

Das ist aber schon komisch. Also wenn das nur oder fast ausschließlich bei liberal Hashtags passiert, erklärt auch andere Hashtags sei betroffen. Ja, so 1 % vielleicht. Und dann war das zeitlich komplett nah dran an dieser Kulturwandel. Rede von Zuckerberg. Es war komplett zeitlich dran an die Amtseinführung von Trump. Ich glaube, es war der gleiche Tag oder der Tag danach. Und es war ja auch kurz vorher erst Joel Kaplan als Metapolitik Chef ernannt worden. Ein ganz enger Vertrauter von Trump und natürlich Republikaner. Also wenn das Zufall sein soll, fress ich einen Besen. Und Zuckerberg und Musk und ein paar andere dieser Techpros haben ja auch noch jeder 1 Million über den Zaun geworfen, damit Trump besonders fett seine Amtseinführung feiern kann. Wir haben aber Einflussnahme nicht nur von den Techbros aus den USA, sondern natürlich weiterhin auch aus Russland. Da gibt es eine sehr spannende aktuelle Correctiv Recherche. Ich verlinke euch die auch, wo man 100 Fake Homepages gefunden hat, die also mutmaßlich unsere Wahlen beeinflussen sollen. Alles deutschsprachige Webseiten. Die haben bis jetzt erst ganz vereinzelt Fake Inhalte schon enthalten, zum Beispiel Habeck habe irgendeine Frau missbraucht und Baerbock würde sich in Afrika mit dem Gigolo treffen. Sie sind ja auch sehr fantasielos, komplett deppert. Da fällt ja keiner mehr drauf rein. Auf solche Inhalte. Aber möglicherweise kommt da auch noch gefährlicherer Kram, der intelligenter ist. Und davon abgesehen Viele Deppen verteilen ja auch Inhalte, die offensichtlich deppert sind und ein paar glauben es dann halt leider trotzdem.

[00:29:49] Speaker1

Aktuell ist ein Großteil dieser Webseiten noch schlafend oder kopieren nur so rechte Inhalte und haben sonst nix, können aber über gezielte Desinformationskampagnen jederzeit angeschaltet werden und dann also eingeschätzt wird, dass das eine neue Aktion von Storm 15 16 ist. Die waren auch hinter der letzten Doppelgänger Kampagne. Diese Webseiten existieren seit PI mal Daumen drei Monate. Seit dem Zerfall der Ampelkoalition kann man sagen da wurden die sofort in die Spur geschickt. Und wahrscheinlich ist die Taktik dabei, Fakevideos mit Deepfake oder auch mit echten Schauspielern zu erstellen und das Ganze über Botnetze verlinken zu lassen. Das ist das hohe Risiko, dass solche Netze kurz vor der Wahl aktiviert werden und dann bestimmte Desinformationen massiv Verbreitung finden. Das also war Thema im Ausschuss. Und die Debatte selber? Die war so krass. Der Adi selber, der fand im absoluten Ausnahmezustand statt. Er wurde immer wieder auch um mehrere Stunden verschoben. Ein Tagesordnungspunkt wurde ganz gestrichen, der war eh öde und langweilig. Da ging es um den erneuten Bericht zum Internet Governance Forum. Das hatten wir ja im letzten Adi schon. Dann wurde die Zeit für den Top zur Desinformation um 2/3 gekürzt. Für mich hieß das, da ich ja eh nur die Hälfte der Redezeit habe statt fünf Minuten für Fragen und Antworten sollte ich nur noch 90 Sekunden haben. Ist schon mal doof, aber passt auf. Es kam noch viel schlimmer.

[00:31:19] Speaker1

Aber ganz am Anfang gab es eine Intro durch die Vertreterin der Europäischen Kommission. Das war Dr. Renate Nicolai, die stellvertretende Generaldirektorin im Direct Trade General Connect. Die hat also erstmal erklärt, noch mal klargestellt Kann man gar nicht oft genug sagen in Deutschland, dass die USA kein Inhaltegesetz ist und nicht keine Pflichten zum Löschen erteilt, sondern ein System zum Verpflichten von Plattformen. Und dabei gibt es vier Prioritäten, die man hat in der Durchsetzung in der Kommission. Also aktuell einmal Minderjährigenschutz. Details dazu gab es nicht. Illegale Inhalte. Und das definiert aber das jeweilige Mitgliedsland, was illegale Inhalte sind, das macht nicht die Europäische Kommission. Dann ging es um E Commerce Plattformen und ich vermute mal, China und Konsorten sind gemeint. Und das vierte Schwerpunktthema ist nämlich die Wahlintegrität. Update Auch zu den Vlogs, dem Very Large Onlineplattform, das sind inzwischen 25 Plattformen, und insgesamt wurden bereits zehn förmliche Untersuchungsverfahren eingeleitet wegen Verstößen gegen den DSA. Und es gab Erfolgsbeispiele. Da wurde uns erklärt, Tiktok sollte es in der Version Tiktok Light geben, wo, wenn man länger auf der Plattform verbleibt, man irgendwelche Gutscheine für reale Dinge bekommt. Und das ist schädlich für Kinder, die denken Oh Gutschein McDonald's, McDonalds hab ich jetzt erfunden, kann auch was anderes sein. Das ist einfach kacke für Kinder, weil die dann noch länger abhängen und Tiktok sowieso schon das Risiko Suchtgefahr hat und hätte bewerten müssen, dass dieses Risiko durch diese neue, durch dieses neue Geschäftsmodell erhöht wird.

[00:32:59] Speaker1

Und das hätte das also bewerten müssen und mit ihren also verringern müssen. Und das ist nicht passiert. Deswegen gab es enge Gespräche mit der Europäischen Kommission und es wurde erwirkt, dass diese komische Variante Tic Toc light in Europa nicht umgesetzt wird. Bei den rumänischen Wahlen hat die Europäische Kommission ja eine Aufbewahrungsanordnung sowohl an ICs als auch an Tiktok erwirkt. Zur Wahlintegrität hat die EU kommen auch ein paar Sachen gemacht, Leitlinien entwickelt für die Plattformen vor der EU Wahl schon, also im April 24. Darin enthalten unter anderem die Aufforderung, KI generierte Inhalte unbedingt zu kennzeichnen. Wissen wir alle. Haben sich nicht alle dran gehalten und die Europäische Kommission hat einen Verhaltenskodex zu Desinformation, ein Desinformation Code of Practice veröffentlicht. Und der soll aber auch noch in den DSA Kontext integriert werden. Auf Nachfragen hat Dr. Nicolai noch ergänzt bei diesem Verhaltenskodex zu illegaler Hassrede da sind tatsächlich alle Unternehmen noch dabei. Auch bei der Umsetzung des Verhaltenskodex zur Desinformation. Da ist er ausgestiegen, nachdem Musk übernommen hat. Mehta in Europa würde weiter mit den FactCheckern zusammenarbeiten. Also da ändert sich nichts, auch nicht nach dieser komischen Ankündigung. Und zu Google und YouTube Da hätte es schon früher Debatten um das Thema Factchecking gegeben, weil Google der Meinung ist, das sei ja keine soziale Plattform, sondern nur eine Suchmaschine. Und deswegen werden sie aus den Faktenchecks ausgestiegen. Ist natürlich ein bisschen Quark, weil zu Google gehört ja auch YouTube und Content, nicht bloß Suche. Naja, so viel zu Google.

[00:34:37] Speaker1

Dann wurden wir informiert zu einem geplanten Stresstest am ein und 30. Januar. Der ist ja jetzt vorbei, weil das war am Freitag. Ich habe aber noch keine Ergebnisse dazu bekommen. Hintergrund ist es gibt einen runden Tisch in Europa zum Schutz der Bundestagswahl. Da sind tatsächlich alle dabei, auch ICs, natürlich auch die digitalen Dienste, Koordinatoren der jeweiligen Länder. Für uns ist das die Bundesnetzagentur, aber auch die Zivilgesellschaft und diverse Fact Checker sitzen an diesem runden Tisch. Und bei diesem Stresstest am Freitag, Der war nur für die Very Large Onlineplattform. Da sollte getestet werden, ob sie die Pflichten aus dem Digital Services Act auch umsetzen können unter praktischen Bedingungen. Und da ging es hauptsächlich um die Manipulation von Informationen durch Deepfakes und KI und ein koordiniertes sogenanntes unauthentisches Verhalten. Oder mal auf Deutsch gesagt wenn man massenhaft über Botnetze gefakte Informationen mit Einflussnahme auf Wahlen verbreitet. Die Bundesnetzagentur hat das als praktische Übung betrachtet. Ob man bei einem krassen Eingriff in den Wahlkampf wirklich schnell und effektiv reagieren kann und die unterschiedlichen Stellen von den Plattformen bis zur BnetzA und der Europäischen Union gut miteinander arbeiten können. Außerdem zusätzlich zu diesen Aktionen findet auch noch ein regionales Monitoring vor der Bundestagswahl in der Europäischen Kommission statt. Alle drei Tage gibt es dann Sonderbericht und direkt vor der Wahl gibt es den täglich. Und auch daran sind Faktenchecker und die Zivilgesellschaft beteiligt. Dr. Nicolai von der EUcom hat auch noch mal darauf hingewiesen, wie unterschiedlich die Angriffsszenarien für solche Angriffe sind.

[00:36:16] Speaker1

In Rumänien war das eine völlig andere Strategie als in Deutschland. Die Angreifer aus fremden Staaten arbeiten da schon sehr angepasst. In Rumänien waren das im Grunde eine Kombo aus Tiktok und Influencern, die man da verwendet hat, um Desinformationen zu verbreiten und Wahlen zu beeinflussen. Hier in Deutschland waren es zuletzt die Kombo aus Doppelgänger Webseiten mit Fake News drauf und Verbreitung über Botnetze. Also da braucht man eine sogenannte agile, sich schnell anpassende Risikoanalyse. Denn sehr häufig wird die Verbreitung von Desinformation noch kombiniert mit hybriden Cyberattacken. Und da müssen dann also unterschiedlichste Stellen extrem schnell reagieren können. In der Debatte ging es dann auch zu den anderen Prioritäten, die die EUCOM hat. Also zum Beispiel Jugendschutz oder Forschungsdatenzugang. Und beim Forschungsdatenzugang. Da hieß es, alle öffentlich zugänglichen Daten müssen eigentlich jetzt schon bereitgestellt werden. Aber es gibt nach wie vor das Problem, dass der Delegate Act der EU dazu führen detaillierteren Zugang immer noch nicht verabschiedet ist. Also da macht die EU gerade ihre Hausaufgaben selber nicht. Naja, und Jugendschutz große Prio ist auch verankert im DSA Artikel 28, aber auch da fehlen die Guidelines für die Konkretisierung. Und das ist halt immer blöd für die Umsetzung. Aber eine Sache hat man schon angekündigt, nämlich in die dass Umsetzung die war hier in der Adb Podcast auch schon paar mal Thema geht um die elektronische Brieftasche mit Ausweis Sachen drin. Da will man so eine für Altersverifizierung in der Wallet im Sommer ein Pilot umsetzen und der soll dann ohne Daten zu verraten.

[00:37:57] Speaker1

Also Zero Knowledge Proof nennt man so was Auskunft geben können über Alter und damit den Datensparsam den Jugendschutz machen können. Der Begriff Knowledge proof wurde übrigens nicht genannt, aber die Beschreibung klang so, dass eigentlich nur das damit gemeint sei. Und es gibt tatsächlich schon mehrere Verfahren der Europäischen Kommission gegen die Very Large Onlineplattform. Also einige von denen, weil sie die Jugend ungenügend schützen. Also insgesamt muss ich sagen, hat diese Frau Nicolai die Gesamtlage mit den digitalen Monopolen aus meiner Sicht übertrieben entspannt dargestellt. Das klang immer so nach ganz okayer Kooperation. Und sie hat also auch Bedenken zerstreut. Mich hat das nur so halb abgeholt und ich hatte doch auch viele Fragen. Also natürlich viel zu viele Fragen. Aber ich hatte vor allem vier Fragen an die Europäische Kommission. Ich erzähle dir euch mal alle vier und auch, warum ich die dann eigentlich gar nicht stellen konnte und warum ich sie dann doch gestellt habe. Also erstens wollte ich wissen gibt es denn in der EU eine Debatte, die über die Regulierung der existierenden Plattform hinausgeht? Also denkt man in der EU auch an die Schaffung europäisch finanzierter, gemeinwohlorientierter Alternativen. Also schließlich haben wir ja globale digitale Plattformen in der Hand von Techmilliardären, die krass Rechtsruck mitmachen. Die vulnerable Gruppen weniger schützen und hemmungsloser Desinformationen verbreiten wollen. Und so ein gemeinwohlorientiertes europäisches Netzwerk, das muss ja nicht neu erfunden werden.

[00:39:23] Speaker1

Das könnte man auf der Basis vom Fediverse aufsetzen oder von Blue Sky, wie zum Beispiel die Free Hugs Initiative plant und so eine Plattform wirklich werbefrei. Keine individuelle Agenda, Open Source, Interoperabel, transparent, hohe Nutzerautonomie ohne Einflussnahme von irgendwelchen Staaten oder Privatpersonen. Also wirklich, die einfach nur Vernetzung und Kommunikation zwischen Menschen ermöglicht, als einziger Daseinszweck, ohne Daten zu verkaufen, ohne uns zu manipulieren. Das ist doch eine fucking große, riesige Marktlücke. Das könnte zur sozialen Infrastruktur der digitalen Gesellschaft werden und verhindern, dass digitale Monopole milliardärshand Demokratien ihren Profitinteressen opfern. Und ja, das ist eine sehr lange Frage. Und abgesehen von dem Wort fucking habe ich die so gestellt und bin auf die Antwort wahnsinnig gespannt. Meine zweite Frage bezog sich auf die Very Large Onlineplattform. Die haben ja laut DSA eine Pflicht zur Meldung struktureller Risiken an die Europäische Kommission. Und sie müssen auch melden, wie sie diese Risiken senken. Ich wollte wissen sieht die Europäische Kommission eigentlich auch die Tatsache schon als strukturelles Risiko, dass eine Very Large Onlineplattform einem Milliardär gehört, der nämlich die Plattform mitsamt ihrer Algorithmen einsetzen kann, um eine einseitige und massenhafte Beeinflussung der politischen Meinungsbildung bei Wahlen in einem EU Land einsetzen kann. Also sehen die das schon per se als strukturelles Risiko. Also in mir schreit die Antwort Ja, natürlich. Ist ja völlig klar. Und zweite Frage Hälfte Sehen Sie auch, dass andererseits Elon Musk nicht im Sinne des DSA dieses strukturelle Risiko minimiert, sondern aktuell maximiert, zum Beispiel durch Verbreitung von Desinformationen und massenhafter Werbung für Frau Weidel und ihre rechtsextreme AfD.

[00:41:19] Speaker1

Und gibt es dazu Ermittlungen? Ich bin so gespannt auf die Antwort auf diese Frage. Meine dritte Frage Es gab ja einen Bericht der Financial Times verlinke ich euch eine Shownotes, wonach derzeit eine Überprüfung und Aussetzung von Bußgeldern bezüglich laufender Digital Market Act, Ermittlungen gegen Apple Meter und Co laufen und zwar wegen Druck aus den USA auf Trump. Klammern zu. Ich wollte wissen, stimmt denn das und wollte weiterhin wissen Können wir uns auf das europäische Wertesystem und geltende europäische Regulierung verlassen. Auch wenn Trump seine Drohung ernst meint, Zölle zu erhöhen oder irgendwas mit der NATO zu machen, falls der DSC seine Zähne zeigt und US Tech Milliardäre für Risiken ihrer Plattform bestraft. Ich bin so gespannt auf die Antwort auf meine Fragen. Ich hatte noch eine vierte Frage Verfolgt die Europäische Kommission Hinweise, dass es gezielte Pushes für bestimmte rechtsgerichtete politische Inhalte auf kurz vor der Präsidentschaftswahl in den USA gab oder aktuell in Deutschland gibt. Wie es nämlich der mutmaßliche Whistleblower Concerned Bird am 11. Januar 25 auf einem Blog behauptet hat. Auch den verlinke ich euch natürlich. Eine Frage hatte ich auch für die Bundesregierung übrig, nämlich zu den von Correctiv identifizierten 100 deutschsprachigen Webseiten. Die habe ich euch ja vorhin schon erklärt, die so offensichtlich präpariert worden sind, um die Bundestagswahlen wahrscheinlich zu beeinflussen. Die sind ja überwiegend noch inaktiv. Da wurde übrigens auch behauptet, dass die Bundeswehr eine halbe Million Soldaten für den Osteuropaeinsatz mobilisiert und solcher Kram.

[00:42:57] Speaker1

Da wollte ich wissen was unternimmt die Bundesregierung, mit welchen Instanzen, also Behörden konkret zur Überprüfung dieser Hinweise und gegebenenfalls zur Abschaltung? Und was ist Ihrer Kenntnisstand? Aber ich konnte keine dieser Fragen im Digitalausschuss stellen, denn mitten in der Debatte kam das Auszählergebnis. Wir reden vom Mittwoch zum Sturz der Brandmauer, dem erstmaligen Sturz der Brandmauer. Die Folge war eine sofortige Sitzungsunterbrechung wegen einer Sonderfraktionssitzung der SPD. Die Vertreter der SPD, die haben angeboten, dass der Digitalausschuss einfach weitermacht, damit ich meine Frage stellen kann. Nur noch Ich wollte eine Frage stellen. Ihr erinnert euch. Ich hatte eigentlich auch nur 90 Sekunden und das sollte dann einfach ohne die SPD MdB stattfinden, denen das offensichtlich egal war. Was mir auch egal war, Ich erinnerte an der Stelle noch mal dran. Dieser Tagesordnungspunkt. Den gab es nur, weil ich ihn zweimal beantragt habe. Und dann darf ich als einzige da auch nichts mehr dazu sagen. Also als einzige, die das noch wollte. Zwei andere fehlten auch noch. Der AfD war es egal. Die Vorsitzende hat mir sogar widersprochen und hat gesagt, die Obleute Runde hätten doch einen Topf aufgesetzt. Wtf? Ich habe den beantragt, aber das half alles nichts. Mir wurde bei meinem allerletzten Digitalausschuss nach siebeneinhalb Jahren nicht mal die 90 Sekunden Fragerecht gegönnt. Am Anfang des Digitalausschuss gab es übrigens mehrere Minuten Blumen und Dankeschöns an die Grüne Vorsitzende und Lob für ihre Wahrung der Minderheitenrechte und Minderheitenrechte.

[00:44:31] Speaker1

Ich muss sagen, es ist wurden aber nur für AfD und CDU gewahrt, nicht für die Linke. Es tut mir leid, das so hart sagen zu müssen, aber Minderheitsrechte muss es offenbar. Meine Minderheitenrechte wurde im Digitalausschuss immer wieder mit Füßen getreten, auch an diesem Tag. Und das hat mich, ich bin da ganz ehrlich persönlich auch getroffen. Dieser Tag war schon scheiße von Anfang bis Ende, aber das war noch mal eine unerwartete Schippe obendrauf. Mein Abschied im Audi hätte ich mir anders vorgestellt. Ich dachte so vielleicht eine gute Zusammenarbeit, freundlicher Abschied, irgendwas. Stattdessen gab es einen Arschtritt und ich bin Honestly mit Tränen durch die Tür gegangen und das war einfach nur unwürdig. Aber immerhin Ich habe erreicht, dass man. Dass ich die Fragen schriftlich einreichen darf. Man hat mir bis Freitag Antworten versprochen. Wie gesagt, war ein Mittwoch. Ich dachte ja, ich kann am Freitag den Podcast aufnehmen und euch davon erzählen. Aber am Freitag gab es dann ein Email, ein Email von der Europäischen Kommission an den Digitalausschuss und da stand folgendes drin. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Referat muss ich Ihnen mitteilen, dass die Beantwortung etwas länger dauern wird, da es sich um politisch sensible Sachverhalte handelt und laufende Verfahren angesprochen werden. Wir sind daher gehalten, den juristischen Dienst und das Generalsekretariat der Kommission zu konsultieren. Anführungszeichen oben Jo. Also kein Update für euch. Die vielen spannenden Fragen, wenn da noch was rumkommt. Ich erzähle euch das im nächsten Podcast oder ihr findet es auf meiner Webseite.

[00:45:59] Speaker1

Das war's. Ich hoffe, die lassen das jetzt nicht einfach liegen. Bis die neue Regierung und der neue Bundestag da ist. Von der Bundesregierung gab es übrigens auch keine Antwort auf meine Frage. Aber um das gleiche Thema ging es auch noch mal am Tag danach, am Donnerstag, in der Aktuellen Stunde. Titel ursprünglich Elon Musk, dann geändert in ausländische Wahlbeeinflussung. Der Aufhänger war natürlich die massive AfD Unterstützung durch Elon Musk. Aber dann ging es um auch die anderen Techpros, aber auch nicht nur um die Techpros, sondern auch um Einflussnahme von Putin. Ich habe euch zu dem Thema ja gerade schon lang und breit alles mögliche erklärt. Meine dazu gehaltene, wirklich aller allerletzte Rede, die verlinke ich euch in den Shownotes. Ich habe natürlich die Techmilliardäre kritisiert, die glauben, nicht nur Yachten und Raketen, sondern auch Demokratien und die Freiheit von Gesetzen kaufen zu können. Ich habe aber auch die Bundesregierung kritisiert, die die Bundesnetzagentur als zuständige Behörde für die Umsetzung des Digital Services Act null vernünftig ausgestattet hat. Die haben immer noch erst 22 Stellen sind es, glaube ich, inzwischen von eigentlich 99, die sie brauchen. Aber vor allem habe ich drei große strukturelle Änderungen gefordert, weil alles andere ehrlich gesagt nur so kleingedruckter und Kosmetik ist. Erstens Tax the rich. Ihr versteht, was ich meine. Milliardäre sind einfach Arsch gefährlich und wir können uns die nicht länger leisten. Sonst Adieu, Demokratie! Willkommen, Faschismus! Also nicht willkommen aus meiner Sicht.

[00:47:28] Speaker1

Ihr wisst, was ich meine. Meine zweite Forderung nach Tax the rich Plattform muss man als Medien definieren. Die genießen im Moment alle möglichen Privilegien, weil sie Plattformen sind, können machen, was sie wollen, aber zum Beispiel ist Wahlwerbung in Medien streng reguliert und dann könnte sowas wie Elon macht mal da mit seinen 200 Millionen Followern eine kleine Wahlwerbung für AfD und Alice Weidel. Das würde dann halt nicht gehen. Meine dritte Forderung ist dieses gemeinwohlorientierte Netz, für das ich schon in meiner Frage massive Werbung an die Europäische Kommission eingebaut habe. Transparent. Kein Datenhandel, keine Manipulation, frei von Kommerz, stabil von der EU finanziert. Wär so geil, wär so geil. Naja, also das habe ich auch in meiner Rede untergebracht. Und auch wenn DSA und seine Umsetzung wirklich wichtig sind, ich glaube tatsächlich, dass es einfach viel mehr als das braucht. Und damit komme ich zu den Sachen, die sich außerhalb der Sitzungswoche stattgefunden haben, nämlich zu meinen parlamentarischen Initiativen. Als nächstes. Ich habe vier schriftliche Fragen gestellt zur elektronischen Patientenakte, die es ja immer wieder Thema. Auch in meinem Sonderpodcast zum 38 C3 Habe ich darüber gesprochen. Da gab es nämlich einen Vortrag zu den Sicherheitslücken der aktuellen EPA. Die ganze Diskussion habt ihr ganz bestimmt mitbekommen. Es ist ja auch ein wahnsinnig wichtiges Thema, dass fast alle alle gesetzlichen Versicherten auf jeden Fall betrifft. Kleiner Recap Die Bundesregierung hat ja für den 15. Januar die Einführung der EPA für alle geplant, als Pilot zuerst in Hamburg, in paar Regionen NRW und Franken.

[00:49:03] Speaker1

Ganz Deutschland sollte damit ab Mitte Februar beglückt werden. Lauterbach wollte schlicht vor der Wahl unbedingt noch diesen Erfolg feiern können. Warum heißt sie jetzt eigentlich EPA für alle? Die gibt es schon länger. Ja, stimmt, gibt es schon länger. Gab es als Opt in mit sehr niedriger Akzeptanz. Hat aber auch Gründe. Jetzt will die Bundesregierung deshalb den Spieß umdrehen Alle gesetzlichen Versicherten bekommen sie, wenn sie nicht widersprechen. Das nennt man dann Opt out. Und dann wird also künftig, wenn man nicht Opt geoutet hat, wird diese EPA bei jedem einzelnen Arztbesuch befüllt und kann also von allen Praxis und Kliniken eingesehen werden, die den entsprechenden Ausweis dafür haben. Gleichzeitig werden aber die Rechte eingeschränkt. Also wer genau da was sehen darf, kann ich jetzt weniger beeinflussen als mit der früheren EPA. Und es gibt Probleme, weil die Gesundheitsdaten alle zentral gespeichert werden. Also Sicherheit und Zugriffsrechte sind da noch mal super wichtig in so einem Fall. Denn wenn einmal Gesundheitsdaten in fremder Hand sind, sind die Schäden irreparabel. Man kann erpresst werden, diskriminiert werden, man kann öffentlich diffamiert werden. Also man kann sich da alles vorstellen. Missbrauch durch Geheimdienste, Rosenkriege von Pflegekräften. Also alles Deswegen ist es so wichtig, dass Bürgerinnen umfassend über Chancen und Risiken aufgeklärt werden. Sonst können die ja überhaupt nicht informiert über einen Widerspruch pro oder Kontra entscheiden. Kurz vor der Einführung gab es die Veröffentlichung von Sicherheitsforschenden auf dem Chaos Communication Congress Ende Dezember, dem schon erwähnten 38 c3.

[00:50:42] Speaker1

Mehr zu diesem Kongress habe ich in meiner letzten Folge erzählt. Und zu diesem ganzen Thema gibt es auch einen eigenen Talk. Den habe ich in der letzten Folge auch verlinkt. Da könnt ihr das alles angucken. De facto haben die jedenfalls eklatante etliche Schwachstellen gefunden, hätten sich Zugang zu sämtlichen Patientenakten verschaffen können. Es gibt 75 Millionen gesetzlich Versicherte in Deutschland. Und die waren sowohl technisch als auch organisatorisch bei der Beschaffung von Versicherungskarten, Arztausweisen etc.. Also wenn schon zwei Sicherheitsforscher das mal so in ihrer Freizeit hinkriegen, dann haben große Akteure auch kein Problem. Also staatliche Akteure, die Sicherheitsforscher innen, die waren ja sehr wohlmeinend. Die haben schon im August die Sicherheitslücken an die Gematik gemeldet und bis Dezember ist nichts passiert. Gematik ist die Gesellschaft unter Führerschaft, also 51 % Eigentum im BMG, die zuständig sind für die Umsetzung. Ich habe noch auf dem 38 c3 vor Ort vier schriftliche Fragen auf den Weg gebracht. Ich fasse mal kurz zusammen. Also einmal habe ich gefragt Wie bewertet die Bundesregierung das Fraunhofer in einem Sicherheitsgutachten, beauftragt von der Gematik? Das Risiko ausländischer Einflussnahme als relevant einstuft. Gleichzeitig aber mitteilt, dass die Gematik dieses Risiko als nicht relevant bezeichnet hat und deswegen ist aus dem Auftrag ausgeklammert wurde. Und ich habe zusätzlich gefragt Würde denn die Bundesregierung Geheimnisträgerinnen, die ja qua dieser Eigenschaft ein erhöhtes Risiko haben, von Geheimdiensten zum Beispiel beobachtet zu werden? Würden Sie denen auch die elektronische Patientenakte 3:00 null. Empfohlen? Also die EPA für alle? Die Antwort war sehr lustig, nämlich fremd.

[00:52:22] Speaker1

Staatliche Akteure seien sehr wohl berücksichtigt. Es sei ihnen wirkungsvoll entgegengewirkt. Eine der sichersten Infrastrukturen im Gesundheitswesen überhaupt. Hätten wir da in Deutschland? Hä? Also das überschreitet ja wohl die Grenzen politischen Schönredens. Das ist eine totale Verarsche. Und ich hätte beim Vorlesen dieser Sätze wirklich gerne die Gesichter von Bianca Kasteler Martin Tschirsich gesehen. Die Sicherheitsforscherinnen, die die Sicherheitslücken gefunden haben, die hätten sich bestimmt beömmelt. Die Frage, ob man die EPA auch Geheimnisträgerinnen empfehlen würde, die wurde einfach gar nicht beantwortet. Warum wohl? Einmal dürft ihr nachdenken. Meine zweite schriftliche Frage Wie will denn die Bundesregierung Bürgerinnen über die Risiken informieren? Das wälzt die Bundesregierung im Übrigen vor allem auf die Krankenkassen ab. Die sind nämlich gesetzlich verpflichtet, auch aufzuklären. Aber ihr könnt ja alle mal überlegen. Viele von euch sind ja wahrscheinlich gesetzlich versichert, Was sie euch zu Risiken der EPA geschrieben haben. Haben die erwähnt, dass eine zentrale Speicherung erfolgt und das Risiko erhöht? Haben die euch geschrieben, dass diverse Sicherheitslücken aufgedeckt wurden und noch nicht alle wieder geschlossen wurden? Haben die euch geschrieben, dass die komplette Belegschaft von Arztpraxen und Apotheken eure komplette elektronische Patientenakte drei Monate lang einsehen kann, wenn ihr einmal diese Apotheke oder Praxis betreten habt und eure Karte eingelesen worden ist. Vermutlich habt ihr nichts davon erfahren und damit ist der Opt out einfach ein Witz. Meine dritte Frage die war nach welchem Handlungsbedarf gab es denn konkret nach diesem 38 C3Vortrag? Soll die EPA verschoben werden? Soll es vielleicht doch ein Opt in geben? Welche konkreten Maßnahmen sind geplant? Auch da Fehlanzeige.

[00:54:03] Speaker1

Bla bla, bla. Man nimmt Hinweise ernst. Welche technischen? Weitere technischen Lösungen ohne zu erklären, welche seien geplant? Prozesse werden nachgeschärft, Dem Start der Pilotphase und dem Rollout stünde nichts entgegen, nichts entgegen, stand da wörtlich drin. Also Fakt ist jedenfalls Der Rollout zum 15. Februar ist vom Tisch und neuen Termin gibt es noch nicht. Es findet erstmal nur der Pilot statt. Meiner vierten Frage habe ich gefragt Hält denn die Bundesregierung die Maßnahmen, die die Gematik am Tag des 38 c3 Vortrags öffentlich angekündigt hat, für angemessen, also für ein angemessenes Sicherheitsniveau geeignet? Und welche Forderungen hat eigentlich die BFN an die Gematik gestellt? Zur BFN keine Antwort, welche Forderungen sie gestellt hat, das stand einfach nur schnöde. Man sei seit September im Gespräch. Das Problem daran ist, man hat das Gesetz ja vorher extra geändert, dass die BFP nur noch ins sogenannte Benehmen zu setzen sei, das heißt, die kann halt labern, aber man kann sie einfach ignorieren. Die spielt einfach keine Rolle, was sie sagt. Und das ist ehrlich gesagt inakzeptabel. Und zu den von der Gematik angekündigten Maßnahmen hat die Bundesregierung erklärt Ja klar, die findet sie super geeignet und konkreter ist nicht geworden. Also mein Fazit Die Antworten waren einfach wieder unterirdisch. Es gab praktisch keinen Informationsgehalt, das war blabla und Teile meiner Fragen wurden einfach komplett ignoriert.

[00:55:23] Speaker1

Und das ist eine Missachtung des Parlaments. Die Bundesregierung macht sich einfach nicht ehrlich. Und das ist im Fall von Sicherheitsrisiken einfach gefährlich. Bundesgesundheitsminister Lauterbach Der erklärt ja selbst am 9. Januar 25 noch Die EPA ist sicher vor Hackern. Hallo, die ist gerade eine Woche vorher gehackt worden. Also irgendwie krass. Und die Gematik hat nach dem 38 c3 Vortrag auch noch allen Ernstes behauptet, das Szenario, das da demonstriert worden ist, sei nicht sehr wahrscheinlich. Also es haben halt zwei Hacker gemacht, also kann es wiederholt werden. Also so ein Vorgehen erschüttert Vertrauen in digitale Projekte des Staates und allgemein in staatliches Handeln und die Demokratie, also die informationelle Selbstbestimmung von Millionen Bürgerinnen in Bezug auf ihre Gesundheitsdaten ist da immerhin in Gefahr. Und das ist total kacke, weil dann nämlich auch die Gesundheit von Bürgerinnen, die dann wegen dieser Risiken ein Opt out machen, aber die eigentlich mit der EPA besser behandelt werden könnten. Deren Gesundheit ist in Gefahr und die widersprechen wegen Dilettantismus der Regierung. Und das ist einfach nur peinlich. Naja, übrigens ist gerade auch eine kleine Anfrage zur elektronischen Patientenakte unterwegs. Die habe ich auch mit eingereicht. Mal gucken, was da rauskommt. Wer genauer meine Arbeit verfolgt, der weiß auch, dass ich immer Anfang des Jahres eine schriftliche Frage zur Anzahl und zur Besetzung von IT Sicherheitsstellen im Bund stelle. Und da gibt es echt Chaos auf neuem Niveau beim BMI. Ich habe das jetzt zum sechsten Mal gefragt. Es gibt also eine schöne Zeitreihe seit 2020.

[00:56:56] Speaker1

Man könnte ja meinen, die Bundesregierung hätte sich so langsam darauf eingestellt. Aber nö. Ich weiß gar nicht, was ich euch jetzt inhaltlich sagen soll. Denn nachdem die Bundesregierung die Zahlen des BMI für 2025, zwei Tage nach der ersten Antwort an mich schon korrigiert hat, ich also aufwendig mit meinem Team da Analysen mache, Tabellen ausfüllen auswerte Pressemitteilungen schreibe, dpa gewinne dpa macht eine Meldung draus. Sie kriegt richtig viel Verbreitung zu wirklich interessanten Aussagen, nämlich wie BMW baut 344 IT Sicherheitsstellen ab. Das sind 14 % jede siebte Stelle in diesen Zeiten. Andere Ministerien hatten leicht positive Tendenzen gemeldet. Könnt ihr nachgucken auf meiner Webseite. Ich verlinke euch das. Das BMVg Militär hat sogar richtig kräftig aufgebaut. 163 neue Stellen. Ich konnte also berichten Ziviler Bereich -10 % Stellen militärischer plus 10 % stellen. Natürlich habe ich das kritisiert und am Tag der Schlagzeilen von Stern bis Süddeutsche meldet sich plötzlich und unerwartet das BMI bei dpa und erklärt, die Zahlen des BMI seien falsch. Also die selber haben sie falsch gemeldet und die meinen gar nicht die aktuellen Zahlen von 2025, sondern die von 24 und die von 23. Da hätte man seinerzeit vor ein und vor zwei Jahren irgendwie zu viel Zuwachs angegeben, mir also falsche Zahlen geliefert. Deswegen sah das jetzt ja gar keinen Abbau, sondern doch ein leichter Anstieg. Übrigens bei mir selber. Ich bin die, die gefragt hat und die falsche Antwort gekriegt hat. Ist bis jetzt noch keine Korrektur angekommen und ich finde das einfach nur krass.

[00:58:36] Speaker1

Was jetzt wirklich stimmt, weiß natürlich immer noch nicht. Also irgendwann kriege ich ja hoffentlich noch die korrigierten Zahlen für 2023 und 2024. Medial verwerten lässt sich das dann natürlich nicht mehr. Ist eine sehr interessante Taktik, aber vermutlich irgendwie nur Totalversagen. Die haben halt offenbar keine vernünftige Datenhaltung und auch kein eigenes Monitoring. Für mich ist das kacke, weil das ist viel Arbeit. Meine Zeitreihen sind kaputt und die Meldung der dpa wurde zurückgezogen. Dann gab es aber noch eine andere schriftliche Frage, die ich gestellt habe. In mündlicher Form übrigens schon mindestens vier oder fünf Mal seit November, nämlich ob es eine Meldestelle gibt für die Zivilbevölkerung, wenn sie verdächtige Accounts finden, die Teil eines Botnetzes sein können. Die sind, nehme ich das an anderer Stelle schon die Rede von ein zentrales Element in der Verbreitung bei Desinformationskampagnen auf Social Media. Die gibt es nämlich auch gerade jetzt wieder öfter mal Ich habe sie selbst auf Blue Sky entdeckt. Ich wollte also wissen Was gibt es denn an staatlicher Meldestelle für die Bevölkerung, wenn sie so verdächtige botte Accounts als Teil von Botnetzen finden? Und wie wird dafür Werbung gemacht? So nach dem Motto See something say something? Ja, also die kurze Antwort für euch jibbet nicht. Angegeben hat man aber eine versteckte Homepage des Verfassungsschutzes, wo das allgemeine Hinweistelefon erwähnt wird, da steht überhaupt nichts von Botnetzen und Botaccounts und Desinfo. Da steht, man kann sich dahin melden, wenn man Anbahnungsversuche durch fremdstaatliche Geheimdienste oder Spionage erlebt hat.

[01:00:11] Speaker1

Das passt überhaupt nicht. Und außerdem wer kommt denn auf die abgefuckte Idee, eine Geheimdienst Kontaktstelle für die Bevölkerung zu benennen. Ich meine, sowas ist ja auch eine Vertrauensfrage. Wer ruft denn da beim Verfassungsschutz an? Manche vielleicht schon, aber sinnvoller wäre doch so eine Melde E Mail Addy beim BSI zu haben oder so ein Formular beim Team. Das ist die noch relativ neu geschaffene zentrale Stelle zur Erkennung ausländischer Informationsmanipulation im BMI. Ich meine, die heißt doch schon vom Namen so Erkennung ausländischer Informationsmanipulation. Warum haben die denn keine E Mail Adresse, wo man das hinschreiben kann? Sowas macht mich echt wütend. Von morgens bis abends reden die von Sicherheit der Pseudosicherheit und so eine Low hanging Fruit wird einfach ignoriert. Das ist echt bitter. Naja, wir bleiben bei Sicherheit, aber nicht bei Desinformation. Ich habe nämlich auch noch einen wissenschaftliches Dienst Gutachten zur NIS zwei Umsetzung gestellt. Die NIS zwei Umsetzung kommt ja, das wurde gerade frisch öffentlich nicht mehr mit dieser alten Regierung. Das ist übrigens großer Mist, weil man klare Regeln dringend braucht bei diesem Feld. Besseren Schutz für die kritischen Infrastrukturen und eine Klage von der EU wegen der Versäumnisse bei der Umsetzung wurde auch schon eröffnet. Aber ich habe außer dieser Versäumnis und den zu spät ja auch noch Kritik am vorliegenden Gesetzentwurf selber. Da wurden nämlich bisher die Kommunen nicht einbezogen und ich habe das auch öfters schon kritisiert und geäußert und wurde auf Veranstaltungen dann gekontert von einem Vertreter des BMI, der einfach mal öffentlich behauptet hat, die Kommunen, die kann man ja gar nicht einbeziehen bei den zwei Umsetzungen, das würde EU Recht verhindern.

[01:01:49] Speaker1

Und ich dachte so Nee, das glaube ich nicht. Das glaube ich einfach nicht, habe aber keine Zeit und bin ja auch nicht Juristin, das zu überprüfen. Aber wozu gibt es den wissenschaftlichen Dienst des Bundestages? Das einfach megageil und voller Expertinnen und habe sie damit beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, um das zu untersuchen. Und das kam in dieser ominösen letzten Sitzungswoche. Und siehe da, mein Bauchgefühl war richtig. Es ist erstunken und erlogen. Das ist echt dreist. Ja, die Bundesregierung versucht erst mit zwei nur minimal umzusetzen. Verpeilt die Umsetzung dann irgendwie total und dann lügt sie noch mir direkt ins Gesicht. Schon ziemlich fett. Also angesichts hoher IT Sicherheitsrisiken ist das sehr verantwortungslos. Das Gutachten, in dem auch noch hin und her interpretiert wird, ob es eventuell sogar eine Pflicht gibt, die Kommunen einzubeziehen. Aber auf der letzten Seite eine klare Aussage. Auf jeden Fall gibt es nichts, was dagegen spricht. Verlinke ich euch in den Shownotes und auf der Homepage findet ihr es natürlich auch. Als letztes Thema wirklich super. Kurz will ich euch noch ein paar Worte zum Wahlprogramm Digitales bei Die Linke sagen. Ihr sollt ja nicht drei Stunden Podcast hören müssen, sonst hätte ich es euch einfach vorgelesen. Aber sowas tue ich euch nicht an, auf jeden Fall.

[01:03:00] Speaker1

Es passt wie die Faust aufs Auge, was Elon Musk, Zuckerberg und Co angeht Wir wollen digitale Monopole zerschlagen. Wir wollen, dass man den DSL wirksam umsetzt und echten digitalen Verbraucherschutz lebt. Und wir wollen toxische Geschäftsmodelle austrocknen. Man muss nämlich wirklich strukturell Dinge ändern. Personalisierte Onlinewerbung verbieten, und zwar ohne irgendwelche Schlupflöcher. Wir wollen nicht, dass Daten wirtschaftliches Eigentum sind, weil das ist ja auch die Pest. In unserem Wahlprogramm findet ihr auch, dass wir wirklich soziale Netze fördern wollen als Alternativen zu profitorientierten Plattformen der Konzerngiganten? Genau in der Form, wie ich sie schon in meiner Frage an die Europäische Kommission beschrieben habe. Der Dreh und Angelpunkt auch im Digitalen in unserem Wahlprogramm ist der Dreiklang Teilhabe, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit. Wir wollen also einen anständigen Netzausbau, der eben nicht so ein Doppelausbau ist und zum Beispiel kommunal organisiert ist, wo man Public money, public code. Wir wollen die Hackerethik umsetzen. Offene Daten nützen, private Daten schützen. Und wir wollen, dass wir uns sicher bewegen können in der digitalen Gesellschaft. Und dazu gehört die überfällige Entkriminalisierung der IT Sicherheits Forschung. Wir wollen, dass man Schwachstellen immer melden muss. Und wir wollen die private Kommunikation schützen und niemals so was wie Vorratsdatenspeicherung oder Chatkontrolle. Übrigens will ich an dieser Stelle noch mal kurz darauf hinweisen, dass es mich ein bisschen angepisst hat, dass das Chaosradio, das die Wahlprogramme verglichen hat, die Linke so unfair dargestellt hat. Da war pauschal davon die Rede, dass alle Wahlprogramme die IT Sicherheit nicht richtig berücksichtigen, das Thema Überwachung und Biometrie nicht richtig drin haben.

[01:04:43] Speaker1

Und das stimmt echt für unser Wahlprogramm überhaupt nicht. Und weil mir an diesen Themen liegt, fand ich das echt daneben. Also eine wirkliche Wahlhilfe war das nicht. Wenn es euch interessiert, ja, wir haben ein Wahlprogramm, in dem auf ich glaube ungefähr anderthalb Seiten dezidiert alles Digitale hintereinander ist verbreitet über das ganze Wahlprogramm noch Einzelheiten, aber ihr könnt auch einfach diese Zusammenfassung ganz am Ende des Wahlprogrammes lesen und Dann wisst ihr besser Bescheid, als wenn er das Chaosradio gehört habt. Das fand ich wirklich enttäuschend. Ja, was habe ich noch vergessen? Zum Beispiel steht da auch drin, dass wir den Digitalzwang ablehnen, dass man analoge Zugänge unbedingt erhalten muss. Ich habe zum Beispiel selber einen Antrag an die Bundesregierung dazu gestellt, um analoge Zugänge mindestens bei staatlichen Diensten oder Diensten auf gesetzlicher Grundlage wie Deutschlandticket und so erhalten muss. Ein Staat muss auch seine Marktmacht nutzen, um sozial ökologische Standards zu setzen. Findet ihr auch in unserem Wahlprogramm und nachhaltige Digitalisierung. Ein breites Feld von Updatepflichten über Recht auf Reparatur bis zu nachhaltigen Rechenzentren. Weil aber vieles in so einen mit heißer Nadel wegen vorzeitigen Wahlen gestricktes Wahlprogramm nicht reinpasst, empfehle ich euch außerdem noch unser Digitalpapier. Wir haben nämlich die Grundzüge einer linken Digitalpolitik in ausführlich auf 13 Seiten zusammengeschrieben. Als Bundestagsgruppe Die Linke veröffentlicht, Ganz frisch. Im Dezember, kurz vor Weihnachten, fast noch druckfrisch, verlinke ich euch in den Shownotes und damit komme ich tatsächlich zum Ende.

[01:06:17] Speaker1

Die nächste Sitzung im Bundestag ist voraussichtlich die allerletzte der Legislatur und wird am 11. Februar stattfinden. Wenn man in die Bundestagsapp reinguckt, findet man dann bisher eine Tagesordnung, die dreieinhalb Stunden dauert. Lächerlich. Und zwar mit einem einzigen Titel Debatte zur Situation in Deutschland. Ich hoffe, das wird noch mehr. Vielleicht finden sich dann kurzfristig doch noch AfD Verbot und Paragraph 218, Da geht ja noch ein bisschen was. Also wie gesagt, falls ihr zufällig dieses Gutachten vom Verfassungsschutz unter dem Kopfkissen liegen habt, denkt mal drüber nach. Ansonsten kündige ich schon mal an ich habe zumindest geplant, noch zwei weitere Folgen auf jeden Fall zu machen. Eine mit einem Rundumschlag zur Digitalbilanz der Ampel und Restampel. Und wenn ich es schaffe, auch eine Bilanz meiner eigenen Digitalpolitik und Oppositionsarbeit aus fast acht Jahren im Bundestag. Und da gibt es auch einen Ausblick. Wie geht es denn danach weiter? Also in a nutshell Leute, jetzt erstmal leben sortieren, Zukunft planen, ganz viel ausschlafen, Auf keinen Fall irgendwo Festanstellung. Lieber kleine Aufträge, Vorträge, Projekte. Digital, politisch und mit Impact. Wer geil. Am liebsten auch wieder eine Kolumne schreiben für ein kluges Medium. Wenn ihr Tipps oder Kolumnen zu vergeben habt, sagt also gern Bescheid. Und ansonsten abonniert auch jetzt den Podcast noch, weil vielleicht mache ich auch noch 100 Ausgaben. Jetzt gebt mir auf jeden Fall fünf Sterne in der Podcast App eurer Wahl. Und wenn wieder eine Demo ist gegen rechts, egal ob das Rechts, AfD, Merz oder beides heißt, geht dahin. Es geht gerade ums Ganze. Ps Und wählen geht ihr hoffentlich auch gerne die Linke. Denn ohne uns wird möglicherweise wahrscheinlicherweise jede Partei im Bundestag Merz wählen.

END OF TRANSCRIPT



Automated transcription by Sonix
www.sonix.ai